



Zürcher Gesetzessammlung seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur	StAZH OS 52 (S. 559-562)
Titel	Verordnung über die Beiträge an die Umstellung von Landwirtschaftsbetrieben auf biologische Bewirtschaftungsweise
Ordnungsnummer	910.5
Datum	27.10.1993

[S. 559] Der Regierungsrat,
gestützt auf §§ 168 b und 168 c des Landwirtschaftsgesetzes vom 2. September 1979,
beschliesst:

A. Beitragsobjekte

§ 1. Betriebe gemäss § 168 c des Landwirtschaftsgesetzes sind landwirtschaftliche Gewerbe im Sinne von Art. 7 des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, die ein Selbstbewirtschafter auf eigene Rechnung führt. Landwirtschafts-
betriebe

Ausserhalb des Kantonsgebiets bewirtschaftete Parzellen werden bei der Ermittlung der Arbeitszeit mitgezählt.

Betriebsgemeinschaften und Betriebszweiggemeinschaften können als ein Betrieb gemeldet werden.

§ 2. Der Betrieb ist vom Beginn der Umstellung an gemäss den Richtlinien für die Erzeugung, die Verarbeitung und den Handel von Produkten aus biologischem Anbau der Vereinigung Schweizerischer Biologischer Landbauorganisationen (VSBLO) zu bewirtschaften. Produktions-
grundsätze

B. Beiträge

§ 3. Die Beiträge setzen sich zusammen aus einem Flächen- und einem Betriebsbeitrag. Beide werden als Jahresbeiträge ausbezahlt. Art der Beiträge

§ 4. Der Flächenbeitrag beträgt pro Are und Jahr Fr. 6 für Ackerbauflächen, Fr. 3.50 für Futterbauflächen (Natur- und Kunstwiesen) und Fr. 22 für Spezialkulturen. Flächenbeitrag

Spezialkulturen sind Obst-, Gemüse-, Reben-, Beeren- und Kräuterkulturen. // [S. 560]

§ 5., Der Flächenbeitrag wird nach der Betriebsfläche gemäss § 9 berechnet. Ausserhalb des Kantonsgebiets bewirtschaftete Parzellen werden nicht mitgezählt. Eine Flächenvergrösserung um mindestens 0,5 Hektaren vor oder während des ersten Beitragsjahres wird für das zweite Beitragsjahr berücksichtigt. Massgebende
Fläche

Pachtgrundstücke werden zur Betriebsfläche gezählt, wenn sie während mindestens vier Jahren über den Zeitpunkt des

Beitragsgesuchs hinaus durch schriftliche Pachtverträge gesichert sind.

§ 6. Der Betriebsbeitrag beträgt Fr. 2000 pro Jahr.

Betriebsbeitrag

C. Beitragsempfänger

§ 7. Die Beiträge werden dem Bewirtschafter ausgerichtet.

Bewirtschafter

Er muss über die nötigen Kenntnisse im biologischen Landbau verfügen.

D. Verfahren

§ 8. Der Vollzug dieser Verordnung obliegt dem Landwirtschaftsamt, soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

Zuständigkeit

Die Volkswirtschaftsdirektion kann die in dieser Verordnung umschriebenen Aufgaben privaten Organisationen übertragen.

§ 9. Das Beitragsgesuch ist vor der Einleitung der Umstellung der kantonalen Beratungsstelle für biologischen Landbau an der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof (Beratungsstelle) einzureichen. Sie legt in Zusammenarbeit mit dem Gesuchsteller und der Zentralstelle für Ackerbau ein Betriebsdossier an. Dazu gehören:

Beitragsgesuch

- a) ein Verzeichnis der Parzellen und Parzellenteile des Umstellungsbetriebs mit den genauen Flächenangaben und einem Übersichtsplan,
- b) eine vom Gesuchsteller Unterzeichnete Erklärung, in der er sich verpflichtet, die im Verzeichnis aufgeführten Parzellen und Parzellenteile während mindestens sechs Jahren nach den Richtlinien der VSBLO zu bewirtschaften und seinen Betrieb als Umstellungsbetrieb der Aufsicht der VSBLO zu unterstellen,
- c) die Kopien allfälliger Pacht-, Betriebsgemeinschafts- und Betriebszweiggemeinschaftsverträge,
- d) der Nachweis des Gesuchstellers über seine Kenntnisse im biologischen Landbau. // [S. 561]

§ 10. Nach Prüfung des Gesuchs stellt die Beratungsstelle die Unterlagen mit einem begründeten Antrag dem Landwirtschaftsamt zu.

Antrag

Die Beitragsverfügung führt die vom Bewirtschafter gemäss § 9 lit. b eingegangene Verpflichtung als Bedingung auf.

§ 11. Die Beratungsstelle legt im Einvernehmen mit dem Gesuchsteller das Datum der Umstellungseinleitung fest. Es fällt in der Regel mit einem Vegetationsbeginn zusammen.

Umstellungs-
periode

Dauert die Umstellung länger als zwei Jahre, bestimmt das Landwirtschaftsamt auf Antrag der Beratungsstelle und nach Absprache mit dem Gesuchsteller, für welche beiden Jahre die Beiträge ausgerichtet werden.



Die Umstellung ist abgeschlossen, wenn der Betrieb den Ausweis der VSBLO zur Verwendung der Schutzmarke «Knospe» erhalten hat.

§ 12. Die Umstellung wird von der Beratungsstelle begleitet und überwacht. Die Vollzugsorgane haben nach der Umstellungseinleitung Zutritt zu allen Ökonomiegebäuden und bewirtschafteten Parzellen des Umstellungsbetriebs. Auf Verlangen ist ihnen Einblick in die Betriebsunterlagen zu gewähren.

Kontrollen

§ 13. Die erste Beitragsauszahlung erfolgt ein Jahr nach der Umstellungseinleitung, die zweite nach erfolgter Umstellung.

Beitragsauszahlung

§ 14. Der Bewirtschafter hat die Beiträge zurückzuerstatten, wenn er die mit der Beitragszusicherung verknüpften Bedingungen oder Auflagen nicht einhält oder die Kontrollen gemäss § 12 vereitelt oder namhaft erschwert.

Beitragsrückerstattung

Auf die Rückerstattung kann aus wichtigen Gründen, namentlich wenn der Bewirtschafter am Nichteinhalten der Bedingungen oder Auflagen kein Verschulden trägt, ganz oder teilweise verzichtet werden.

E. Schlussbestimmungen

§ 15. Betriebe, welche die Umstellung auf biologischen Landbau zwischen dem 1. Januar 1990 und dem Erlass dieser Verordnung eingeleitet haben, können bis Ende 1993 ein Beitragsgesuch stellen. Nach einer Betriebskontrolle stellt die Beratungsstelle dem Landwirtschaftsamt begründeten Antrag. Ist die Umstellung bereits abgeschlossen, wird die Gesamtsumme der Jahresbeiträge als einmalige Zahlung ausgerichtet. // [S. 562]

Übergangsbestimmung

§ 16. Diese Verordnung tritt auf den 1. November 1993 in Kraft.

Inkrafttreten

Zürich, den 27. Oktober 1993

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Honegger

Der Staatsschreiber:

Roggwiller

[Transkript: OCR (Überarbeitung: sef)/26.03.2015]